

## Die deutsche Antwort an Wilson.

So mächtig, wie heute der Präsident der Vereinigten Staaten in der Welt besteht, ist nicht oft ein Herrscher oder Machthaber gewesen. Der Lauf des Krieges und das Verhalten der europäischen Nationen haben es zuwege gebracht, daß er die Wagschalen in der Hand hält, in denen Krieg und Frieden abgemessen werden sollen. Freilich ist auch er nicht ganz frei, und man hat es seiner letzten Note, die auffallend von der ersten abwich, sehr deutlich angemerkt, daß auch noch andere Einflüsse auf ihn eingewirkt haben. Aber doch ist er es, von dessen Willen und Verstehen heute in erster Reihe die Verantwortung der Frage abhängt, wie lange die Welt noch unter Noth und Berührung seufzen soll, obwohl der Krieg sinnlos geworden ist. Deutschland hat die von Herrn Wilson aufgestellten vierzehn Friedensbedingungen angenommen, obwohl einige davon Schweres enthalten und die Unversehrtheit seiner Grenzen verletzten. Nur die praktische Anwendung der in ihnen niedergelegten Grundsätze soll einer Verständigung vorbehalten bleiben. Man fragt sich, warum nun noch Krieg geführt werden muß und täglich Tausende blühender Menschenleben vernichtet werden, wenn ein Unterschied der Auffassungen nicht mehr besteht! Denn alles das, was Präsident Wilson in seiner letzten Note ausführte, betraf im Grunde nicht den Inhalt des Friedens selbst, sondern das Gesicht um einen Waffenstillstand und die Schaffung verfassungsmäßiger Sicherungen für die Beständigkeit und Dauer des zu schließenden Friedens.

Die Antwort der deutschen Regierung kommt auch diesen Forderungen des Herrn Wilson weit entgegen. Sie verwahrt sich lediglich gegen den von ihm erhobenen Vorwurf absichtlicher Grausamkeiten der deutschen Kriegsführung zu Wasser und zu Lande. Sie bestrittet entschieden, daß absichtlich ungeschickliche und unmenschliche Handlungen begangen werden. Wo Ausschreitungen vorkommen, da geschehen sie gegen die strengen Weisungen der Heeresführung und werden bestraft. Auch der ungeheuerliche Vorwurf, daß deutsche Tauchboote die Rettungsboote versenkter Schiffe vernichtet hätten, der sich für jeden Deutschen als eine aus der Erregung des Krieges entsprungene Unwahrheit kennzeichnet, wird zurückgewiesen. Im übrigen aber haben wir so wenig ein gerechtes Urteil zu scheuen, daß die Note die Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission vorschlägt. Es wäre ein Glück für die ganze Menschheit, wenn einmal ein wirklich unparteiischer Gerichtshof alle die furchtbaren Verleumdungen und Greuellegenden, die so viel zur Erzeugung wilden Hasses gegen Deutschland beigetragen haben und die doch bis auf ganz winzige Ausnahmen ein grausiges Gewebe von Haß, Irrtum, Lüge und Dummheit sind, ohne Voreingenommenheit untersuchen und auf ihren wahren Wert zurückführen würde. Der amerikanische Präsident würde sich ein großes Verdienst um die Beseitigung der Kriegsstimmung und um die Wiederherstellung der menschlichen Selbstachtung erwerben, wenn er dafür sorgen wollte, daß der deutsche Vorschlag bald verwirklicht würde.

Abgesehen von diesem Einspruch gegen eine unwahre Bezeichnung, die die Ehre Deutschlands und unserer Tapferen, die draußen seit Jahren für deutsches Land und Volk ihr Leben einsetzen, in größtmöglicher Weise verlezt, nimmt die deutsche Antwort grundsätzlich alles, was Wilson und Lansing als Voraussetzungen für weitere Verhandlungen aufgestellt haben, an. Sowohl die in der amerikanischen Note ausgesprochene Auffassung über die Bedeutung, das Wesen und die Vorbedingungen eines Waffenstillstandes, als auch die andere über die Macht, welche auf der deutschen Seite den Frieden zu verbürgen hätte, werden in der deutschen Antwort anerkannt. Dabei ist festzuhalten, daß ein Unterschied gemacht wird zwischen dem, was den Waffenstillstand betrifft und den Bedingungen des Friedens selbst. Herr Wilson hatte ausgesprochen, daß „die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater“ der amerikanischen Regierung und ihrer Verbündeten überlassen werden müssen. Damit wird zwischen den militärischen und politischen Dingen eine nicht zu übersehende Scheidewand gemacht. Die deutsche Regierung stellt sich auf den gleichen Standpunkt. Sie erklärt sich auch grundsätzlich damit einverstanden, daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis auf den Kriegsschauplätzen eine Ueberlegenheit der Entente bedeutet und daß dieses Verhältnis durch den Waffenstillstand sich nicht verändern soll. Welche Bedingungen erfüllt werden können, um ein solches Verhältnis sicherzustellen, das wird in den Beratungen von den militärischen Bevollmächtigten festzustellen sein. Daß die von Deutschland angenommene Räumung der von unseren Heeren besetzten Gebiete an Wilson erklärt ist, den deutschen Heeren wichtige Mittel des Widerstandes zu entziehen und eine Wiederaufnahme des Kampfes nach einem etwaigen Ablauf des Waffenstillstandes so gut wie unmöglich macht, liegt so sehr auf der Hand, daß es auch von angesehenen Blättern der Entente, wie dem „Journal des Debats“, schon ausgesprochen worden ist. Damit nun aber das, was diesen Auffassungen entspricht, vereinbart werden kann, müssen Besprechungen der „militärischen Ratgeber“ stattfinden, und dem Präsidenten Wilson wird es anheimgegeben, „zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen.“ Wenn Herr Wilson ernstlich das Aufhören des Blutvergießens und der Zerstörung will, dann hat er es jetzt in der Hand, durch Vereinbarung von Zeit und Ort Vertretern der Heere auf beiden Seiten Gelegenheit zur Aussprache und zur Vereinbarung dessen zu geben, was einen Waffenstillstand möglich macht. Er wird sich dieser großen Verantwortung nicht entziehen können.

Die deutsche Note geht noch weiter und spricht das Vertrauen der deutschen Regierung aus, daß der Präsident für die Einleitung eines Waffenstillstandes keine Forderung gutheißen werde, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sei. In solchen Forderungen liegt eine der größten Gefahren für den kommenden Frieden. Präsident Wilson wird sich sagen müssen, daß ein Rechtsfriede, ein Friede, der Dauer haben soll, nicht zustande kommen könnte, wenn er eingeleitet würde durch schwere Verletzungen der Ehre des deutschen Volkes. Würde man heute den Waffenstillstand an Bedingungen knüpfen, die für das deutsche Ehrgefühl unträglich wären, so müßte man sich sagen, daß durch solche Demütigungen nicht etwa nur die Heeresführung und diejenigen Getroffenen würden, die man als Träger des militärischen Ehrens ansieht, sondern auch das deutsche Heer, das mit dem deutschen Volke eins ist. Das würde lange und schmerzhaft nachwirken, und selbst wenn der Friede selbst keine Bedingungen enthielte, die das neue Deutschland als eine Entehrung empfinden müßte, würde eine solche brennende Wunde ein Hindernis für die Versöhnung der Völker bleiben. Ein tapferes und ehrliebendes Volk vergißt Kränkungen erst in Generationen.

Wie sehr Deutschland bemüht ist, den Weg zum Frieden zu bahnen, zeigt auch die Mitteilung, daß an sämtliche U-Bootkommandanten Befehle ergangen sind, die eine Torpedierung von Passagierdampfern ausschließen. Man versteht nicht, warum nicht ausgesprochen wird, welcher Art diese Befehle sind. Aber es ist doch wohl so, wie in diesen Tagen bereits durch Postungsmeldungen angedeutet wurde, daß nämlich der verhängnisvolle Tauchboottkrieg aufgegeben ist. Der Beginn dieses Krieges hat vor anderthalb Jahren Amerika, das den Frieden hätte vermitteln sollen, in den Krieg gezogen. Hört er jetzt auf, so kann Präsident Wilson dies als einen starken Erfolg seiner Politik buchen. Für Deutschland, das nun auf diese Form des Krieges verzichtet, ob-

wohl England seine völkerrechtswidrige Hungerblockade, die von Herrn Wilson gleichfalls bekämpft wurde fortgesetzt, ist dieser Verzicht das schmerzliche Eingeständnis eines schicksalsschweren Fehlers, dessen Folgen wir heute zu tragen haben. Daß aber die neue Regierung, die für diesen Fehler keine Verantwortung trifft, rasch und bereitwillig die Folgerungen aus ihrer Einsicht zieht, beweist, wie sehr sie bemüht ist, den Weg zum Frieden freizumachen.

Dem entsprechen auch die Ausführungen, die sich auf die Ausgestaltung der deutschen Verfassung beziehen. Daß wir eine Art Verantwortungs- und Rechtfertigungsschrift in dieser Note überreichen und den Beweis führen, daß unsere Verfassung nach der Umgestaltung, die sie in diesen Wochen erfährt, den Anforderungen des Staatsoberhauptes einer auswärtigen Macht entspricht, kennzeichnet hinlänglich die Lage, die, was immer wieder betont werden muß, von den jetzt regierenden Männern als eine unverschuldete Last übernommen wurde. Worauf es in diesen Darlegungen ankommt, das ist im Grunde nur dieses, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot von einer Regierung ausgeht, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Dieser Unterschied ist entscheidend. Dem Zweck, dem diese ausführlichen Darlegungen dienen, würde es noch mehr entsprochen haben, wenn man ganz deutlich ausgesprochen hätte, daß die persönliche Einwirkung des Trägers der monarchischen Gewalt, die bisher oft so fühlbar in den Lauf der Dinge eingegriffen hat, von nun an nicht mehr besteht. Es muß und wird auch in den weiteren im Gange befindlichen Umgestaltungen unserer Verfassung zum Ausdruck kommen, daß Deutschland von nun an durch sein Volk und die durch sein Vertrauen berufenen Männer regiert werden wird. Für persönliche Willkür und „eigenes Belieben“ ist kein Platz mehr, und es scheint uns, daß die Regierung und der Reichstag nicht rasch und entschieden genug die Erneuerung der Reichsverfassung nach diesem Standpunkte hin durchführen können. Immerhin, was bisher geschehen ist, zeigt deutlich die Richtung auf eine Ausschließung jeder unverantwortlichen Gewalt.

Welches das Schicksal und die Wirkung der deutschen Note sein wird, ist heute noch nicht zu sagen. Das hängt wesentlich davon ab, ob Wilson in der Richtung seiner ersten oder seiner zweiten Antwort den Meinungsaustrausch fortsetzen wird. Darauf wirken allerlei Kräfte und Erwägungen ein, nicht bloß die Rücksicht auf die europäischen Bundesgenossen, die in seiner letzten Note so stark zu hören waren, sondern auch die andere auf die am 5. November bevorstehenden amerikanischen Kongresswahlen, die ihre Schatten vorauswerfen und die für die Stellung der demokratischen Partei und damit des Präsidenten im Kongress von großer Bedeutung sein können. Der Präsident wird von den Republikanern auf der einen Seite, die nach dem Muster aller Chauvinisten arbeiten und einen reinen Gewaltfrieden wollen, und den Sozialisten auf der anderen bedrängt, die vor allem einen raschen Frieden verlangen. Welches sein Weg sein wird, läßt sich heute nicht sagen. Es ist wohl möglich, daß er danach trachten wird, bindende Entscheidungen nach der einen oder anderen Seite noch eine Zeitlang, bis nach den Wahlen, zu vermeiden. Es wäre möglich, daß der Meinungsaustrausch über den Frieden weiter ginge, auch wenn ein Waffenstillstand bei dem die Ansichten und der Wille der militärischen Berater stark ins Gewicht fallen und der immerhin in gewisser Beziehung eine Entscheidung in sich schließt, noch nicht bald zustande käme. Die Trennung, die Wilson selbst zwischen auf politischem Gebiet liegenden Friedensverhandlungen und dem auf den rein militärischen Boden verwiesenen Waffenstillstand macht, ebnet der Möglichkeit den Weg, über den Inhalt des Friedens zu verhandeln, auch wenn zunächst ein Waffenstillstand noch nicht zustande käme. Der Waffenstillstand ergäbe sich wohl als das Natürlichste, wenn einmal die Friedensverhandlungen auch zu einer Einigung über die Anwendung der allgemeinen Grundsätze geführt hätten. Die Antwort der deutschen Regierung entspringt dem ehrlichen Willen, das Ende des Krieges so bald als möglich herbeizuführen, und das Bestreben, so weit entgegenzukommen, als es irgendwie möglich ist. Präsident Wilson wird nicht vermeiden können, auf das, was hier vorgeschlagen wird, mit konkreten Vorschlägen zu antworten. Wir meinen, es könne ihm nicht leicht werden den Weg zu verfehlen, der uns zur Klarheit und dem Ende dieses Krieges führt.

*Eine neue Welt*